

## FPÖ unter Druck: Innenministerium und Corona-Maßnahmen im Visier!

Die FPÖ plant eine Untersuchung des Innenministeriums wegen Unregelmäßigkeiten und kritisiert die Corona-Maßnahmen.

Die FPÖ plant, das Innenministerium einer eingehenden Untersuchung zu unterziehen. Aktuellen Informationen zufolge äußert der Nationalratsklub der FPÖ, dass im Innenministerium zahlreiche Unregelmäßigkeiten festgestellt wurden. Es wird von einem „tiefen schwarzen Staat“ gesprochen, der im Rahmen dieses Untersuchungsverfahrens beleuchtet werden soll. Der interne Entscheidungsprozess zum konkreten Untersuchungsgegenstand sei fast abgeschlossen, was darauf hindeutet, dass eine zeitnahe Umsetzung initiiert werden könnte. Zudem gibt es Spekulationen, dass sich der Untersuchungsausschuss auch mit der Causa des verstorbenen Justiz-Sektionschefs Christian Pilnacek befassen könnte, wie **Vienna.at** berichtet.

Allerdings stehen die Pläne der FPÖ unter enormem Druck. Der politische Mitbewerber MFG Österreich kritisiert die FPÖ scharf für ihre Entscheidung, keinen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen einzurichten. Laut interner Quellen der MFG wird es keinen U-Ausschuss geben, was als ein Rückzieher der FPÖ aufgrund möglicher Regierungsverhandlungen angesehen wird. LAbg. Manuel Krautgartner von der MFG-ÖÖ äußert, dass die FPÖ als vermeintliche Aufdeckerpartei im Wahlkampf auftrat, nun aber ihre eigenen Versprechen bricht. Eine klare Abgrenzung zwischen Anspruch und Realität ist in diesem Fall

unverkennbar, da der MFG die FPÖ für die Priorisierung politischer Macht über Aufklärung und Gerechtigkeit verantwortlich macht.

## **Kritik der Opposition**

Die Opposition sieht die Entscheidung der FPÖ als einen „Schlag ins Gesicht der Bürger“. LAbg. Joachim Aigner betont, dass ein U-Ausschuss umfassende Befugnisse habe, während eine einfache Kommission nicht die notwendigen Mittel bieten kann, um die Themen bis ins Detail zu analysieren. Auch LAbg. Dagmar Häusler kritisiert den Rückzieher und wirft der FPÖ vor, aus Angst vor den Konsequenzen politischer Verhandlungen zu handeln.

Die MFG fordert Transparenz und Verantwortungsübernahme hinsichtlich der Corona-Maßnahmen und hebt hervor, dass die politische Debatte in der heutigen Zeit kritisch ist. Die parlamentarische Grundsatzdiskussion drängt auf Aufklärung, und die MFG kündigte eine Pressekonferenz für den 5. Februar 2025 an, um über die gebrochenen Versprechen der FPÖ zu informieren und die Notwendigkeit einer umfassenden Corona-Aufarbeitung zu betonen.

## **Ein Blick in die Zukunft**

Blickt man auf die weiteren politischen Bestrebungen der FPÖ, zeigt sich ein Kurswechsel in mehreren Themenbereichen. So versprach die FPÖ beispielsweise die Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Steuer, beschränkt sich jedoch darauf, nur den Klimabonus zu streichen. Auch die Haltung bezüglich des Sky Shield bleibt unklar. Diese Unsicherheit könnte die Position der FPÖ in zukünftigen Regierungsverhandlungen schwächen, was die Notwendigkeit für klar definierte politische Strategien unterstreicht, um Vertrauen bei den Wählern aufzubauen.

Wie **Krone.at** berichtet, bleibt die politische Landschaft spannend und es bleibt abzuwarten, wie sich die FPÖ und die

MFG in den kommenden Wochen positionieren werden, insbesondere in Hinblick auf die anstehenden Fragen zur Corona-Politik.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)**